Bei der AHV nicht noch viel Zeit verlieren

Ruth Dreifuss äussert sich zu ihren Prioritäten

Bundesrätin Dreifuss dämpfte am Freitag übersteigerte Erwartungen, die an ihre Person geknüpft sind. Die Möglichkeiten, Neues in Angriff zu nehmen, seien begrenzt, weil das Geld knapp sei. Prioritäten setzen heisse heute vor allem, langfristige Zielsetzungen anzustreben. Als eines der Projekte, die ihr besonders wichtig sind, nannte Ruth Dreifuss die 10. AHV-Revision.

VON VERENA THALMANN, BERN

Zur AHV-Revision bemerkte Dreifuss, der Entwurf des Nationalrates gefalle ihr besser als der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrates. Die spürbare Rentenerhöhung, das Splitting der Beiträge zwischen den Ehegatten, die Erziehungsgutschrift, die Anrechnung der Betreuungsaufgaben sowie eine gewisse Unabhängigkeit des Zivilstandes seien «Fortschritte, die mir viel bedeuten».

Warten auf 11. AHV-Revision

Was das Rentenalter betreffe, so sei sie nach wie vor der Meinung, dass es besser im Rahmen der 11. Revision überprüft würde. Es wäre schade, meinte sie, wenn mit der Prüfung weiterer Modelle wie der Einheitsrente noch viel Zeit verlorengehen würde. Die Frage, ob die Mindest- und die Höchstrente einander angenähert werden sollten, gehöre ebenso in den Rahmen der 11. Revision wie jene der langfristigen Finanzierbarkeit.

Das finanzielle Gleichgewicht der AHV sei mindestens bis zum Jahr 2005 gewährleistet, betonte die Innenministerin. Erst nach diesem Zeitpunkt werde die Alterung der Bevölkerung stärker spürbar. Ebenso wichtig sei aber die wirtschaftliche Entwicklung. Und dabei dürfe nicht übersehen werden, dass die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt wachse. Dieser gegenläufige Trend zur demographischen Entwicklung habe zur Folge, dass trotz der Rezession die Lohnmasse und die Zahl der Beitragspflichtigen steige.

Absolut vorrangig ist für die Bundesrätin die Schaffung einer Mutterschaftsversicherung. Der erste realistische Schritt werde der bezahlte Mutterschaftsurlaub für die Arbeitnehmerinnen sein. Ein Entwurf werde vor Mitte des nächsten Jahres veröffentlicht. Bei der Krankenversicherung will Dreifuss «nicht das Geringste unternehmen, was die Chancen einer Konsenslösung beeinträchtigen könnte». Sie betrachte die vom Bundesrat vorgeschlagene Reform, die Anfang Oktober vom Nationalrat beraten wird, als einen wirklichen sozialen Fortschritt. Es sei aber sehr wichtig, dass die Krankenversicherung die vorgesehenen Mittel im Rahmen des Finanzpaketes erhalte, über das nächstens abgestimmt wird.

Die Bundesrätin befürwortet eine ganzheitliche Sicht des Gesundheitswesens. Bereiche wie Erziehung, Sport, Familie, Umwelt, Arbeitsbedingungen sollen einbezogen werden, um die Lebensqualität zu verbessern. Bei der Drogenpolitik plädiert sie für Vorbeugemassnahmen und die Begleitung der Suchtkranken, bis sie die Kraft zum Ausstieg finden. In den nächsten Monaten wird sie mit verschiedenen nationalen Organisationen Kontakt aufnehmen, Städte und Drogenzentren besuchen. Das gleiche plant sie im Aidsbereich.

Gegen Numerus clausus

Heikle Probleme scheinen sich im Hochschulbereich abzuzeichnen. Mit der Verknappung der Geldmittel dränge sich eine stärkere Koordination auf, erklärte Ruth Dreifuss, doch weil man den Dingen lange ihren Lauf gelassen habe, könnten Lösungen nur mit grössten Schwierigkeiten gefunden werden. Im übrigen sprach sie sich gegen den Numerus clausus aus. Die grosse Zahl der Studierenden zeuge von einer wachsenden Präsenz der Frauen und von einem zunehmenden Demokratisierungsprozess, was positiv zu werten sei. Das schliesse gewisse Reformen nicht aus.